

bots. Sie nimmt die Institutionen in die Pflicht, mehr gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung bereits bei der Ausbildung zu tun (ebd.: 34). Immer wieder wird in den verschiedenen Politikfeldern gefordert, dass Menschen, die unter struktureller Benachteiligung leiden, bessergestellt werden, ohne dies jedoch spezifisch auf Islam und Muslim*innen zu beziehen.

Wie bei anderen Tei gliederungen der Partei fehlen sprachliche und inhaltliche Bezüge, Abwertungen und Ausschließungen, die mit sogenannten *Parallelgesellschaften*, *Integrationsverweigerern* oder anderen (kulturellen) Bezügen zu Islam/Migration/Integration in Zusammenhang gebracht werden.

4.2 Synoptische Analyse der Programme

Im Folgenden sollen auf zusammenfassende Weise diskursive Trends erörtert werden, die sich aus einer Zusammenschau der untersuchten Parteiprogramme ergeben. Ziel ist, diskursive Unterschiede, Verschränkungen und ideologische Orientierungen der Hauptparteien des politischen Systems im Feld der Islampolitik herauszuarbeiten. Das Vorgehen orientiert sich an der bisherigen Vorgehensweise, die Positionen der Parteien entlang der Kategorien Bedrohungsszenarien, Integration und Anerkennung vergleichend zu lesen.

4.2.1 Bedrohungsszenarien

Die in Kapitel 2.1 erörterten Zusammenhänge zwischen diskursiver Versicherheitlichung, Kulturalisierung und Markierung von Islam und Muslim*innen nehmen im deutschen Parteiensystem unterschiedliche Dimensionen an. Manche Erwartungen haben sich erfüllt, andere nicht. Mit Blick auf das etablierte Links-Rechts-Schema, in das sich die untersuchten Parteien einfügen lassen, sind sehr deutliche Unterschiede zwischen den beiden Lagern offenbar geworden. Doch auch innerhalb des Mitte-Links- und des Mitte-Rechts-Lagers sind jeweils deutliche Unterschiede zu beobachten, so dass nicht von einer Homogenität politischer Einstellungen und ideologischer Tendenzen gesprochen werden kann.

Am äußersten rechten Rand hebt sich die AfD erwartungsgemäß sehr deutlich von allen anderen untersuchten Parteien ab (Kap. 4.1.1.1): Kern ihrer ideologischen Ausrichtung ist ein über weite Strecken kruder antimuslimischer Kulturrassismus. In fast allen Politikfeldern, in geradezu obsessiver Manier, arbeitet sich die AfD am Islam ab, konstruiert in Verbindung mit thematischen Verknüpfungen (Migration, Terrorismus, Überfremdung) Bedrohungsszenarien und ruft einen Kampf der Kulturen aus, den sie stellvertretend für das Abendland führe, da die anderen Parteien zu nachgiebig gegenüber Muslim*innen und Islam seien.

Häufig unterscheidet die Partei nicht zwischen Islam als Religion und ideologisch-politisierten Formationen des Islams und beschwört folglich eine existentielle Gefahr durch Muslim*innen für den Fortbestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung herauf, als deren Verteidigerin sie sich inszeniert. Den etablierten Parteien wirft sie in dem Zusammenhang zerstörerischen Kulturrelativismus vor und erinnert damit an das reaktionäre Motiv des *Vaterlandverrats*. Für Muslim*innen verheißt das nichts Gutes: Selbst halales Essen wird als Zeichen der *Islamisierung* gewertet. Forderungen nach pauschalen Moscheebeobachtungen weisen die Partei endgültig als Vertreterin einer im Kern antiislamischen Partei aus, die sich auch von Verfassungsprinzipien wie der Religionsfreiheit verabschiedet.

Die Haltung der AfD ist mit Sicherheit nicht hegemonial im Sicherheitsdiskurs. Jedoch, und das wird bei der Analyse der integrations- und anerkennungspolitischen Dimensionen des Islamdiskurses deutlicher, ist es durchaus legitim, von einer in der Tendenz (nicht in der Intensität) hegemonialen Position zu sprechen, der zufolge Islam und Muslim*innen als bedrohliches Gegensubjekt konstruiert werden.

Im Gegensatz dazu steht die CDU/CSU fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Zwar inszeniert sie sich als harte Law and order-Partei, die *Islamismus* und organisierter Kriminalität den Kampf ansagt und dies häufig auch mit einer Warnung vor existentiellen Bedrohungen verknüpft, etwa indem sie die Bewahrung des Gewaltmonopols des Staates einfordert. Auch kulturalistische Elemente sind bei ihr häufig zu finden. Ihr Versuch, zwischen ideologisch-politisierten Formen des Islams und dem Islam als Religion zu unterscheiden, gelingt ihr jedoch nur in Teilen: Ihr häufiger Verweis auf den »politischen Islamismus« verwischt Versuche der Grenzziehung und verkehrt sie zum Teil ins Gegenteil – Islam und *Islamismus* erscheinen als wesensverwandt. Mit dem Verweis auf die Unterscheidung zwischen halal und haram als Teil einer problematisierten fundamentalistischen Haltung (vgl. CDU/CSU Fraktion 2021), die für die Partei als ideologischer Vorläufer von gewalttätigem *Islamismus* gilt, steht sie plötzlich auf einer Linie mit der AfD und am Rand des liberalen Verfassungsstaates, der religiöse Vorschriften i. d. R. als von der Religionsfreiheit gedeckt sieht.¹⁹

Auffallend bei der Konstruktion von Bedrohungsszenarien ist der häufige Verweis auf liberale Muslim*innen durch die CDU/CSU, denen sie konservative und fundamentalistische Muslim*innen gegenüberstellt. Diskursiv spaltet sie damit die deutsche muslimische Community in akzeptable, weil liberale, *unsere* Werte teilende Muslim*innen und solche, die potenziell gefährlich sind, weil sie *unsere* Werte nicht

19 Allerdings kann es Ausnahmen bzw. Auflagen bei der Wahrnehmung dieser Rechte von staatlicher Seite geben, wie bei der Schächtung oder dem Tragen des Hijabs in öffentlicher Funktion. Dies ist jedoch ein qualitativer Unterschied zu Versuchen, die Einhaltung solcher Vorschriften generell als Vorläufer von terroristischem Extremismus einzuordnen.

teilen. Zwar geht sie nicht so weit wie die AfD, die alle Moscheen unter Beobachtung stellen möchte, wenn sie Koranunterricht anbieten (»Koranschule«), jedoch unterscheidet auch die CDU/CSU zwischen Moscheen, die zu Hetze und Gewalt aufrufen und deshalb beobachtet werden sollen, und solchen, die dies nicht tun. Ganze Moscheegemeinden werden auf diese Weise von einem wertegeliteten *Wir* exkludiert und in die Nähe von Terror und Gewalt gerückt. Der Vorwurf, die CDU/CSU wolle mit dieser Rhetorik eine Art Euro-Islam bzw. Reformislam kreieren (vgl. Tibi 2020), der befreit ist von als kulturell inkompatibel und gefährlich suggerierten Elementen, ist zumindest nicht von der Hand zu weisen (kritisch: Tezcan 2012). Darauf deutet auch der positive Bezug der Partei auf sogenannte Islamkritiker*innen hin, unter denen sich ausgewiesene Islamfeinde befinden.

Es zeigt sich, dass von allen untersuchten Parteien und in allen untersuchten Programmen einzig die Partei Die Linke Angriffe auf Moscheen explizit erwähnt und verurteilt und folglich deren Schutz, nicht Beobachtung fordert. Damit kann die Konstruktion von Moscheen als potenziell gefährliche Orte der Radikalisierung und Hetze als hegemonial für den deutschen politischen Diskurs bezeichnet werden.

Die FDP als dritte Partei im Mitte-Rechts-Spektrum nimmt die liberalste Position²⁰ ein: Zwar konstruiert auch sie *islamistischen* Terrorismus als Gefahr, bringt dies mit Terrordistanzierungsforderungen, die sie pauschal an Muslim*innen richtet, in Verbindung und warnt vor Moscheevereinen, die aus dem Ausland gesteuert würden. Jedoch ist die programmatische Ausrichtung der FDP deutlich an gültigen rechtsstaatlichen Verfahren und Instrumenten orientiert, Bedrohungsszenarien nehmen eine untergeordnete Rolle ein. Ganz ausdrücklich lehnt sie die Ausbürgerung von sogenannten *Gefährdern* ab, die mehr als nur die deutsche Staatsangehörigkeit haben – im Gegensatz zu AfD und CDU/CSU und verweist dabei darauf, dass sie nicht zu Bürger*innen zweiter Klasse erklärt werden dürften. Auf sprachlicher Ebene zeichnet sich die FDP durch ein politisches Bewusstsein ab, das klar aufzeigt: Sie weiß zu unterscheiden zwischen verschiedenen Formen politisierter islamischer Ideologie, die nicht alle gewaltbereit sind. Besonders überrascht hat die Tatsache, dass die FDP ISIS/Da'esh mit seinem bei der Terrorgruppe verhassten arabischen Kürzel adressiert und nicht deren Lesart übernimmt, wonach sie der *Islamische Staat* seien. Dieses Vorgehen wird im Übrigen nur von der Partei Die Linke geteilt.

Im Mitte-Links-Spektrum sind die SPD und Die Grünen die beiden Parteien, die am ehesten diskursive Bedrohungen (re-)produzieren. Auf sprachlicher Ebene

20 Auch gegenüber anderen marginalisierten Gruppen und Menschen, die sich als queer, trans oder entlang anderer Differenzlinien identifizieren, zeigt die FDP eine außerordentlich große Sensibilität.

nimmt die Diskursivierung islamischer Gefahren bei der SPD oftmals eine eher subtile Rolle ein, die latent muslimische Männer ins Visier nimmt. Auch folgt sie hegemonialen Entwürfen, wonach *westliche* Werte und Prävention einer eventuellen Radikalisierung entgegengesetzt werden müssen. Anders als die Linke, die sehr darum bemüht ist, Fluchtursachen zu benennen und sozio-politische Gründe in der Analyse in den Vordergrund zu rücken, überrascht die SPD mit der Warnung vor Terrorismus, wenn die EU-Außengrenzen nicht stärker gesichert würden. Damit folgt sie insgesamt dem gängigen Narrativ eines bedrohten *Abendlandes/Westens* durch von außen eindringende, nicht-*westliche*, muslimische *Gefährder*, die Freiheitsrechte missbrauchen könnten, um terroristisch aktiv zu werden. Mit dem letzten Punkt vertritt die SPD eine in Essenz rechtskonservative Position, die im möglichen Missbrauch der Religionsfreiheit eine Gefahr für das Grundgesetz oder die kollektive Sicherheit sieht (vgl. Kap. 4.1.1.1, Kap. 4.3.1.1).

Zugleich sind bei der SPD Warnungen vor Islamfeindlichkeit, institutionellem Rassismus und Rechtsextremismus deutlich im Diskurs platziert: Racial Profiling bei der Polizei lehnt sie explizit ab. Somit präsentiert sich die SPD vielleicht als *mittigste* unter allen Mitte-Parteien: Warnungen vor *islamistischem* Terror in Verbindung mit kulturalisierenden Tropen stehen neben glaubwürdigen Warnungen vor Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit und Hetze gegen weitere Minderheiten, womit sich die Ergebnisse früherer Untersuchungen bestätigen (vgl. Kneip/Henkes 2009).

Die Grünen stechen insbesondere im Jahr 2017 durch eine diskursive Konzentration und Setzung auf *Islamismus*, *Gefährder* und Terrorismus hervor. Sehr explizit sprechen sie das Thema in verschiedenen thematischen Zusammenhängen an (Entwicklung, Migration, innere Sicherheit, äußere Sicherheit) ohne hierbei eine besondere sprachliche Sensibilität an den Tag zu legen. Sie bleiben in den Grenzen des hegemonialen Diskurses.

Was irritiert und auffällt: Rechtsextremismus, Reichsbürger*innen und *Islamismus* stehen praktisch immer nebeneinander, werden auf eine Art und Weise verknüpft, wie sie sonst nicht zu beobachten ist, um eine Bedrohung anzurufen, die zumindest eine Nähe der drei Phänomene suggeriert. Ganz explizit wird dies im Falle der faschistoiden türkischen Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe), die an erster Stelle zu bekämpfender rechter Bewegungen genannt wird. Vielleicht entlädt sich hier in antifaschistischem Gewand ein tiefsitzendes antimuslimisches Ressentiment. Rational erklärbar ist das höchstens durch langfristige, (ein-)gewachsene ideologische Orientierungen der ehemals linksradikalen (Bundes-)Partei, die in partikularistisch-nativistischen Ideologien eine Gefahr für liberale und links-säkulare Gesellschaftsentwürfe sieht.

Die gleichen Überlegungen müssen herangezogen werden, um die eindeutig antimuslimische Entgleisung im sonst durchgehend antirassistischen und im Geiste der Postcolonial Studies geschriebenen Berliner Programms der Partei zu erklä-

ren, wo behauptet wird, dass muslimisch markierte Frauen pauschal häufiger Opfer von Gewalt in der Partnerschaft seien. Es zeigt sich, dass im sogenannten *Fundi-Flügel* der Partei – auch im linken Hamburger Landesprogramm – tiefsitzende Resentiments nicht gänzlich der Vergangenheit angehören.

Die Linke zeigt als einzige der untersuchten Parteien eine vollkommene Abwesenheit muslimischer Bedrohungsszenarien in ihren Programmen. Zwar kommt auch die Linkspartei nicht ohne politische Feindbilder aus, diese sind jedoch eindeutig rechts verortet. In ihrer Einschätzung der Gefahren durch rechts geht sie am weitesten, benennt nicht nur rechtspopulistische Akteure wie Pegida oder AfD, sondern auch mögliche weitergehende rechtspopulistische Mobilisierungen in der Mitte der Gesellschaft. Immer wieder spricht sie rassistische Anschläge gegen Muslim*innen und als solche Markierte an, verurteilt antimuslimischen Rassismus ebenso wie Antisemitismus und fordert auch auf Ebene der Institutionen eine Anerkennung der Gefahr für Muslim*innen durch Rechtsextremismus.

Im Gestus einer antiimperialistischen Partei analysiert sie den *Krieg gegen den Terrorismus*, auf den sich CDU/CSU positiv beziehen, verwirft dabei aber die übliche diskursive Figur von der Notwendigkeit des Kriegs für die kollektive Sicherheit. Im Gegenteil: Sie weist auf die Gefahren hin, die durch die ungerechtfertigte Kriegsführung für Europa entstehen und rüttelt somit am hegemonialen Narrativ, wonach terroristische Anschläge in Europa allein aus einer fanatisierten *antiwestlichen*, antiliberalen Gesinnung heraus verübt würden. Somit kommt Die Linke als einzige Partei im politischen System praktisch ohne verzerrende Begrifflichkeiten wie *Islamismus*, *Gefährder* oder *Clankriminalität* aus.

4.2.2 Ausgrenzungen

Während es bis auf die Linkspartei bei allen untersuchten Parteien Bedrohungsszenarien in unterschiedlichem Ausmaß gibt, ist das vorgefundene Bild beim Thema Integration uneinheitlich. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass es ein umkämpftes politisches und gesellschaftliches Konzept ist und seine Bedeutung selbst zuweilen – abhängig vom politischen Standpunkt – umstritten ist (Kap. 2.2). Folglich entspricht die empirische Heterogenität den theoretischen Erwartungen, die in diesem Bereich ein breites Spektrum an politischen Einstellungen und ideologischen Orientierungen vermuten lassen: Von einer Ablehnung des Konzepts bis hin zu assimilatorischen Verständnissen.

Das wohl interessanteste Ergebnis der Analysen ist die strukturelle Konvergenz zwischen AfD am rechten Rand und Linkspartei am linken Rand: Aus höchst unterschiedlichen Gründen lehnen beide Parteien das Konzept der Integration ab. Die AfD argumentiert völkisch und lehnt im Prinzip das Konzept der Integration vollkommen ab: Sie geht davon aus, dass für eine vollständige Integration nicht nur die Befolgung von Gesetzen notwendig sei, sondern darüber hinaus eine vollständige

Annahme hier üblicher Werte, Normen und Traditionen, die sie als deutsche Leitkultur bezeichnet. Die Konstruktion deutscher Kultur und Identität geht bei ihr einher mit der Abwertung und Ausschließung aller Elemente und Normen, die sie als nichtdeutsch oder nichteuropäisch identifiziert. Es ist klar: Integration ist bei der AfD als Abwehrkonzept gegen muslimisch konnotierte Einwanderung konzipiert. Ihre Sprache ist ausgrenzend, polemisch und feindselig; sie zielt darauf ab, Islam und Zuwanderung durch Muslim*innen zu dämonisieren. In Teilen lehnt sie sich an Nazi-Jargon an, etwa wenn sie von höherer Infektiosität der Einwander*innen oder auch von bevölkerungspolitischen Umschichtungen spricht, Moscheen als Symbole von religiösem Imperialismus bezeichnet oder behauptet, die Scharia würde bald hier herrschen.

Integration bekommt bei der AfD auf diese Weise eine ganz neue Funktion: Sie soll Zuwander*innen nicht helfen, hier anzukommen oder etwa Arbeit zu finden, sondern vielmehr die deutsche Kultur und die *homogene, reine, christlich-deutsche* Gesellschaft durch Akkulturation schützen. Mit dieser Haltung steht die AfD klar außerhalb des hegemonialen, liberalen Integrationsdiskurses. Zwar basiert das Integrationsparadigma im Kern auf einer binären Logik, wonach die *Anderen* sich hier einzufügen und anzupassen hätten und somit implizit immer ein nationales Primat vorausgesetzt wird (Kap. 2.2). Doch innerhalb dieses Paradigmas gibt es verschiedene Ausformungen, die im liberalen Kontext von multikulturellem Nationalismus bis hin zu kosmopolitischen, plural-demokratischen Modellen des Liberalismus reichen, in denen diese Binarität in Ansätzen aufgelöst wird (vgl. dazu: Hafez 2013b: 164ff.).

Auch die Linke steht in der Integrationsfrage, wie bereits angedeutet, außerhalb des klassisch-liberalen Diskurses. Allerdings steht sie der AfD im politischen Spektrum diametral gegenüber. Völkisches, binäres, exkludierend-abwertendes Denken steht hier einem offenen, hybriden, dynamischen, antirassistischen und internationalistischen Gesellschaftsbild gegenüber. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Forderung nach offenen Grenzen für Alle und der Ruf nach einer internationalistischen Menschenrechtspolitik. Selbst der Begriff der Integration kommt bei der Linkspartei nur sehr selten vor. Vielmehr lehnt sie ihn, und damit verbundene Abwertungen wie *Integrationsverweigerung*, als diffamierend ab. Politisch ausgestaltete und sozial eingebettete Teilhabe und Partizipation soll für alle Menschen unabhängig von sozialer Klasse, *race*, Gender, Religion, sexueller Orientierung oder Behinderung möglich sein. Inklusion und Antirassismus gehen bei der Partei Hand in Hand. Allerdings, und das unterscheidet die Partei etwa von den Grünen, fehlt bei ihr eine kulturelle Dimension im Diskurs um Einwanderung und Gemeinschaft.

Sie setzt in dieser Frage auf eine Überwindung jedweder identitärer Ideologie und stattdessen auf eine radikale Neuausrichtung der Politik in der Frage der Einwanderung und des politischen Umgangs damit. Konsequenterweise fordert Die Linke auf institutioneller Ebene u. a. die unbürokratische Ermöglichung – übrigens wie

die SPD, FDP und Teile der Grünen – von Mehrstaatigkeit für migrierte Menschen, einen Partizipationsrat, die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Migration sowie den Abbau weiterer bürokratischer Hemmnisse wie die Residenzpflicht für Asylbewerber*innen, um ihnen das Ankommen und die Teilhabe zu erleichtern.

Die bereits angesprochenen Grünen sind in ihrer politischen Haltung ähnlich positioniert wie die Linkspartei. Auch sie richten ihre Politik an einem offenen Ideal von Gesellschaft aus, das Integration nicht als hegemonial-konservatives Projekt missversteht, wonach die Einwander*innen die alleinige Bringschuld zufällt, gesellschaftliche Konsolidierungsleistungen zu erbringen. Sie sind diversitätsaffin, rassistuskritisch und plural. Im Gegensatz zur Linken hantieren die Grünen sehr offen mit Konzepten und Begriffen, und versuchen diesen, im Rahmen des politischen Systems, neue Bedeutungsebenen zu geben. Sie unternehmen dabei große Schritte in Richtung eines plural-postmigrantischen Verständnisses von Integration, das nicht nur fordert, sondern Staat und Gesellschaft klar in die Pflicht nimmt, politische und soziale Rahmenbedingungen für ein Gelingen der Integration zu schaffen. Die Partei positioniert sich gegen eine etwaige deutsche Leitkultur, spricht von einem wechselseitigen Prozess, der nicht individuenzentriert, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, um eine diverse und egalitäre Gesellschaft zu schaffen.

Auf der Ebene der Institutionen fordern die Grünen eine Normalisierung von Mehrstaatigkeit für Eingewanderte, die Einrichtung eines Partizipationsrats, die Errichtung eines Integrations- und Migrationsministeriums und den Abbau bürokratischer Schranken für Eingewanderte und Geflüchtete, damit diese schneller und besser ein neues Leben aufbauen können. Interessant ist, dass die Grünen in dieser Frage durchaus nationale Interessen im Sinn haben und damit näher bei der FDP oder der CDU sind als bei der Linkspartei: Fernab von utopischen Entwürfen offener Grenzen und Visafreiheit (Linkspartei), fordern sie, dass Einwanderung auch ökonomische Bedarfe berücksichtigen müsse, Regulierung entsprechend kein Tabu, sondern integraler Bestandteil ihrer Politik sein müsse.

Insgesamt bewegen sich die Grünen im Integrationsdiskurs zwischen linkem Rand und Mitte-Links-Positionen, die im Großen und Ganzen geprägt sind von einem progressiven Geist, der das Integrationsparadigma durchaus affirmativ als Arbeitsgrundlage betrachtet, aber dieses nicht nur Muslim*innen und Islam überstülpt.

Die SPD bleibt merkwürdig oberflächlich im Integrationsdiskurs. Im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien wird nicht ganz klar, was genau sie darunter versteht. Eine klare politisch-ideologische Vision wie bei der Linken oder auch den Grünen fehlt. Allerdings fällt auf, dass sie in Ton und Duktus in Richtung eines inklusiven Verständnisses von Gesellschaft tendiert und etwa als einzige Partei Schutz vor Diskriminierung für die Kinder und Enkel*innen der Gastarbeiter*innenkinder fordert. Kulturalistisches Denken findet sich bei der SPD wie bei den anderen Mitte-Links-Parteien kaum; vielmehr betont sie die Notwendigkeit, im Einwande-

rungsland Deutschland die Sichtbarkeit von Migrierten oder Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. Dafür schlägt auch sie institutionelle Verbesserungen, wie etwa ein Einwanderungsgesetz oder den Abbau institutioneller Hürden wie Arbeitsverbote für Geflüchtete und Mehrstaatigkeit vor.

Es zeigt sich, dass die SPD im politischen System Deutschlands im Integrationsdiskurs die Bruchstelle zwischen links-inklusiven Entwürfen (Linke und Grüne) und rechtskonservativ-(neo-)liberalen Gesellschaftsbildern (CDU/CSU und FDP) bildet²¹, und eine Art Übergangsposition einnimmt.

Während die FDP das Thema mit dem Label der »Verbindlichkeit« in Richtung der zu integrierenden Menschen adressiert und viel die Rede von liberalen Freiheitsrechten, Vielfalt und Toleranz ist – freilich immer unter dem Vorbehalt neoliberaler Nutzenkalküle – lassen sich bei ihr auch kulturalistische Elemente ausmachen, die auf die Vermittlung von Werten in Integrationskursen abheben, wie etwa die Gleichheit von Mann und Frau oder Homosexuellenrechte. Damit reiht sie sich in dieser Frage in den hegemonialen Diskurs ein, wonach die zuwandernden Muslim*innen zunächst geschult werden müssten, bevor sie gleichberechtigter Teil der Gesellschaft werden könnten (Kap. 2.2). Allerdings, und das unterscheidet sie stark von der CDU/CSU, beruft sich die FDP immer auf das Grundgesetz als Grundlage dieser Werte und nicht auf Traditionen oder gar das *christlich-jüdische* Abendland und andere identitäre Entwürfe.

Zwar bezeichnet die FDP Deutschland als Einwanderungsland, Mehrstaatigkeit für Eingewanderte und deren Nachkommen befürwortet sie und hebt sich damit von der AfD oder der CDU/CSU ab, aber ihr schwebt dabei nicht ein offenes Modell wie der Linkspartei vor, sondern eines, das ganz klar an ökonomischen Erfordernissen und Bedarfen ausgerichtet ist und am kanadischen Punktesystem orientiert sein soll. Damit wirkt dieser Vorschlag ausschließend für Menschen, die nicht ins Anforderungsprofil der deutschen Wirtschaft passen. Dennoch: Für die FDP ist Einwanderung mehr Chance als Risiko, Muslim*innen werden in diesem Zusammenhang weder positiv noch negativ gesondert adressiert.

Nicht zuletzt darin unterscheidet sich die FDP von der CDU/CSU, die in ihrer Programmatik ein eher ambivalentes Verhältnis zu multikulturellen Gesellschaftsentwürfen oder Deutschland als Einwanderungsland aufscheinen lässt. Integration konstruieren die Unionsparteien entlang kulturell-identifikativer Marker wie Sprache, Tradition, angeblich christlich-jüdisch-abendländisch-aufklärerische Werte, die sie auch explizit als *leitkulturelle* Normen definieren. Entsprechend formulieren sie relativ rigide Anforderung an Muslim*innen und *den Islam* in Deutschland, wenn sie hier als integriert gelten wollen. Integration nimmt bei der CDU/CSU häufig eher die Bedeutung von Assimilation an, ohne jedoch in eine totale Abwehrhaltung wie die AfD zu fallen. Vielmehr geht es der CDU/CSU um die Bewahrung des polit-

21 Die AfD steht außerhalb dieser Matrix, wie die Analyse gezeigt hat.

kulturellen Status Quo durch Betonung hiesiger Werte, die sie Muslim*innen aber erstmal abspricht. Erst wenn sie sich integrationsbereit zeigten, sich einem liberalen Islam verschrieben, und sich von konservativen Verbänden und Organisationen abwendeten, gelten sie als integriert.

Kurz: Das Integrationskonzept der CDU/CSU kommt dem von Esser skizzierten auf allen vier Ebenen sehr nahe (Esser 2001). Auch die individuenzentrierte Bringschuld liegt hier vollkommen bei *den Muslim*innen*, die immer wieder von der CDU/CSU – auch im Gegensatz zur FDP – adressiert werden. Die Differenzkonstruktion zwischen Wir und Sie verläuft allerdings nicht entlang einer absoluten Abwertung von Islam und Muslim*innen, sondern eher entlang latenter Formen der Islamfeindlichkeit, die auszumachen sind an der angesprochenen Spaltung in *integrationsbereit und integrationsunwillig*, sowie einem Primat christlich-jüdischer Werte vs. als inkompatibel unterstellter muslimischer Werte.

4.2.3 Kulturangst

Am rechten Rand positioniert sich die AfD mit einer absoluten Ablehnung des Islams. Sie ist nicht nur die einzige Partei, die die kulturelle Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland in ihren Programmen explizit ablehnt. Mit 17 Positionierungen in 25 Parteiprogrammen im Untersuchungszeitraum, nimmt das Thema einen überragenden Stellenwert bei der rechtspopulistischen Partei ein. Die Begründung der Ablehnung weist die Partei als ausgesprochen islamfeindliche Partei aus, wie es bereits in den Kategorien Bedrohungsszenarien und Integration der Fall war.

Die AfD nimmt im politischen System Deutschlands eine absolute Sonderrolle in Bezug auf antimuslimischen Rassismus ein. Zwar finden sich antimuslimische Elemente kulturell-identifikativer Art auch bei anderen Parteien. Doch bei keiner nimmt die Islamfeindlichkeit eine ideologisch so zentrale Position ein. Auch die Vehemenz, mit der die AfD eine Gefahr für Staat, Gesellschaft und Werte zeichnet, sucht im politischen System ihresgleichen. Sie arbeitet mit Unterstellungen, Halbwahrheiten, betreibt eine Dämonisierung und schürt Ängste vor einer imminentsen Herrschaftsübernahme durch *den Islam*. Folgt man der AfD, dann ist der staatliche Fortbestand der BRD in Gefahr. Krude, dichotome Argumentationsmuster, die in einem reaktionären Orientalismus fußen, dienen ihr zur Ablehnung des Islams als unvereinbar mit der Kategorie Deutsch.

Sie steht mit dieser Haltung eindeutig außerhalb des liberaldemokratischen Konsenses in der durchaus umstrittenen Frage der kulturellen Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland. Denn auch wenn andere politische Akteure die Zugehörigkeit verneinen, so stützen sie dies i.d.R. nicht auf kulturassistische Theorien, die im Kern auf ein Verbot des Islams in Deutschland hinauslaufen (vgl. dazu auch Kap. 4.3.3.1).

Die CDU und die CSU gelten als die Parteien, die durch ihre führenden Vertreter*innen diesen Diskurs überhaupt erst ins politische System eingeführt haben (Kap. 4.1.2.3). Dabei zeigte sich in der Analyse, dass die Unionsparteien auf programmatischer Ebene in dieser Frage eher zurückhaltend agieren, punktuell aber in der Lage sind, auf Muslim*innen zuzugehen – wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Damit wird die Isolation der AfD in dieser Frage noch deutlicher.

Die CDU/CSU argumentiert – wenn überhaupt – eher implizit anerkennend, spricht von Muslim*innen und nicht vom Islam und verknüpft dies mit der Hervorhebung ihrer Arbeitsleistung. Damit verbleibt die CDU/CSU in einem normativen Rahmen, der Anerkennung mit ökonomischer Wohlfahrt für das Land verbindet. Im Umkehrschluss schließt diese Haltung Menschen und Gruppen aus, die nach den Kriterien der CDU/CSU nicht zur ökonomischen Wohlfahrt beitragen. Dies deckt sich mit programmatischen Aussagen der CDU/CSU, wonach Zuwander*innen nicht in die Sozialsysteme einwandern dürften und Arbeitsverantwortung Teil der *deutschen Leitkultur* sei (vgl. Kap. 4.1.2.2). Somit wird Arbeit, Leistung diskursiv als etwas gesetzt, das Muslim*innen wesensfremd sei, während es im Christentum Teil der Identität sei. Dies erinnert an die – widerlegte – These von Max Weber, wonach die christlich-protestantische (Arbeits-)Ethik die Entstehung des Kapitalismus begünstigt habe, und dieser deshalb nur im Abendland entstehen konnte (vgl. kritisch: Steinert 2010; Weber 1988 [1920]).

Vier Jahre später, 2021, ist selbst diese schwache Formulierung aus dem Programm verschwunden. Ganz allgemein wird davon gesprochen, dass Menschen, die hier leben, Teil der Gesellschaft seien. Die starken Vorbehalte der Partei gegenüber einer bedingungslosen Anerkennung resultieren natürlich auch aus ihrer christlich-abendländischen Positionierung und ihrem Beharren auf einer *deutschen Leitkultur*, die als politisches Primat gesetzt wird, an dem sich der Diskurs und die adressierten Muslim*innen zu orientieren haben. Sie steht damit der AfD viel näher als der Anerkennung der sozialen Realität in Deutschland.

Es ist auf dieser ideologischen Grundlage schwer vorstellbar, dass die CDU/CSU eine offene und bedingungslose Anerkennung in ihr Programm aufnehmen wird, die die postmigrantische Realität Deutschlands widerspiegelt. Politische Positionierungen, wie sie Christian Wulff, Wolfgang Schäuble oder auch Angela Merkel vertreten haben, müssen deshalb als Ausnahmen angesehen werden, die weit über die Programmatik der Partei hinausgehen und zugleich Zeichen eines Kulturkampfes innerhalb der Partei sind. Ausschließende Positionierungen in dieser Frage, wie sie etwa Hans-Peter Friedrich, Horst Seehofer, Wolfgang Bosbach und andere vertreten haben, sind noch immer eher die Regel (vgl. Kap. A2, Tab. 32).

Die Analyse hat gezeigt, dass die FDP in ihrer Programmatik das Thema der Anerkennung eher in untergeordneter Weise behandelt. Außer in zwei Landtagswahlprogrammen finden sich im Prinzip keine Formulierungen, die eine kulturelle Zugehörigkeitserklärung des Islams oder von Muslim*innen explizit oder implizit zum

Ausdruck bringen (Kap. 4.1.3.3). Sie setzt erwartungsgemäß viel eher auf ein weites liberales Verständnis von Religionsfreiheit und mittelfristig auf eine Entwicklung des Staatskirchenrechts zu einem Religionsverfassungsrecht, das die rechtliche Anerkennung des Islams einschließen würde. Damit zeigt sie sich in dieser Frage viel offener für konstruktive Vorschläge als die Unionsparteien, die das Thema vornehmlich aus einer identitären Perspektive bearbeiten.

Die Haltung der FDP ist im Rahmen des liberalen Systems in toto durchaus als fortschrittlich und inklusiv gegenüber islamischem Leben in Deutschland zu bezeichnen, die allerdings durch eine Einschränkung auf einen liberalen Islam – ähnlich wie es also die CDU/CSU formuliert – wieder relativiert wird. Somit bedient sich die FDP in der Frage der Anerkennung des Instruments Fordern und Fördern: Rechtliche Anerkennung durch Moderierung – und zwar zu unseren Bedingungen (die nicht so restriktiv formuliert werden wie bei den Unionsparteien). Sie bringt den auf das deutsche Rechtssystem verpflichteten liberalen Islam gegen die als konservativ (und nicht auf das Rechtssystem verpflichteten?) konstruierten Verbände in Stellung, bedient sich somit eines Bedrohungsnarratives, wonach der konservative Islam gegen die Rechtsordnung gerichtet und damit gefährlich für die gesellschaftliche Kohäsion und das Bestehen der staatlichen Ordnung sei. Sie unterwirft Muslim*innen damit einem verändernden Blick, der sie als Gegenobjekt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung konstituiert und unterordnet, jedoch ohne die kulturell-identifikative Dimension zu überdeterminieren wie es bei der CDU/CSU der Fall ist.

Im Mitte-Links-Spektrum gehen die Parteien auf höchst unterschiedliche Weise mit der Frage nach der kulturellen Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland um: Während sich die SPD wie in der Frage der Integration eher zurückhält, aber im Großen und Ganzen in Richtung Anerkennung tendiert²² (Kap. 4.1.4.3), formulieren die Grünen zwar scheinbar eindeutige Zugehörigkeitserklärungen, knüpfen diese jedoch an sehr viele Bedingungen, die z.T. orientalistische Dimensionen aufweisen (Kap. 4.1.5.3). Lediglich die Linke kommt ohne kulturelle Zugehörigkeitserklärung aus, verweist immer wieder auf Teilhabe, Inklusion und Partizipation für alle Menschen – unabhängig von Sprache, race, gender, Behinderung etc. (Kap. 4.1.6.2).

Bemerkenswert an der Position der SPD ist die Tatsache, dass sie leitkulturelle Vorstellungen auf einer strukturellen Ebene nicht rundheraus ablehnt, sondern vielmehr versucht, in dieser Frage ein neues Framing einzuführen, das in Konkurrenz zu dem der CDU/CSU steht. Nicht mehr deutsche Nation, christlich-jüdisches Abendland stehen im Fokus, sondern ein von der Partei ausgerufenen sozialdemokratischer Patriotismus, der sich inklusiv auf Werte wie Solidarität, sozialen Ausgleich, aber auch Religionsfreiheit stütze. Sie betont bestehende Unterschiede

22 2017 hat die SPD eine solche Formulierung noch im Bundestagswahlprogramm, während sie vier Jahre später fehlt.

durch affirmativen Bezug auf Diversity, gibt dem ganzen aber einen neuen Anstrich durch den Zusatz »Made in Germany«. Vielleicht verfolgt die Partei deshalb diese Frage nicht so konsequent in ihren Programmen?

Der ausgerufenen »Wertepatriotismus« versucht den Spagat zwischen exklusivem, deutsch-christlichem *Wir* der Unionsparteien und inklusiven, postmigrantisch-postkulturellen Teilhabekonzepten von Grünen und Linken – ohne jedoch Muslim*innen und Islam gesondert zu betrachten, weil sie die Frage der Herkunft überflüssig machen will. Fraglich bleibt, ob ihr das so gut gelingt; schließlich formuliert sie 2017 erhebliche Vorbehalte in der Anerkennungsfrage gegenüber Muslim*innen.

Des Weiteren stellt sich die Frage, ob die SPD hier nicht einen Widerspruch konstruiert, der sich einerseits durch den positiv-affirmativen Bezug auf Diversity und den Anspruch auf eine Überwindung ethnisch-kultureller Bezüge ergibt. Aus Perspektive von Muslim*innen ist es zweifelhaft, ob aktuell eine Position in der Anerkennungsfrage Sinn ergibt, die auf eine Unsichtbarmachung ihrer partikularen Forderungen hinauslaufen würde, oder ob sie sich nicht eher auf einen – temporären – strategischen Essentialismus konzentrieren sollten, um ihre Rechte einzufordern (Spivak 1993; Eide 2016) (vgl. auch unten die Position der Linke).

Die Grünen äußern sich, wie die Analyse gezeigt hat, sehr direkt und ausführlich zur Frage der Anerkennung. 2017 und 2021 sprechen sie eine mögliche Anerkennung des Islams direkt in ihren Programmen an und räumen dem Thema viel Raum ein. Ihre Position ist jedoch durch eine starke Spreizung zwischen inklusivem Fördern und exkludierendem Fordern gekennzeichnet: Einerseits soll muslimische Selbstbestimmung auch in Form von anerkannten Körperschaften möglich sein, Islamfeindlichkeit wird als gesellschaftliches Problem benannt, Opferschutz für Muslim*innen gefordert, Anschläge gegen muslimische Einrichtungen benannt und verurteilt, eine *deutsche Leitkultur* abgelehnt.

Andererseits bindet die Partei die Erfüllung des Versprechens einer Anerkennung an eine lange Reihe von Bedingungen, die zum Teil mit Bedrohungsszenarien arbeiten, schiebt u. a. das Körperschaftsrecht vor, unterteilt, wie die Unionsparteien, Muslim*innen in wünschenswerte liberale Muslim*innen und konservative, weniger wünschenswerte Muslim*innen, bezieht sich auf sogenannte Islamkritiker*innen als positives Beispiel eines liberalen Islams und versäumt es, in ihrem Vielfaltstatut (2020) neben explizit genannten gruppenspezifischen Rassismen wie Antisemitismus und Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus zu inkludieren (vgl. Kap. 4.1.5.3).

Es zeigt sich bei der Partei Die Grünen, dass sie in Fragen der kulturellen Anerkennung ideologisch sehr flexibel agieren und Positionen vertreten, die sich quer durch das politische Spektrum der Bundesrepublik ziehen (mit Ausnahme der rechtspopulistischen AfD). Der hegemoniale Kern ihrer Positionierung ist die gewiss an einem postmigrantisch-plural-liberalen Weltbild orientierte Perspektive

auf Deutschland, die allerdings in ordnungspolitisch konservative Vorstellungen abkippen kann, wenn es gemessen an ihrer ideologischen Selbstverortung auf einer lebensweltlichen Ebene zu sehr um die (angebliche) Einschränkung von individuellen oder auch Gruppenrechten Marginalisierter kommt bzw. kommen kann.

Klar ist: Leitkultur der Grünen, auch wenn das natürlich nicht so explizit formuliert wird, ist ein auf liberalen Werten (das Grundgesetz als normative Grundlage wird häufig betont) basiertes, diversitätsaffines, antirassistisches Gesellschaftsbild, das die Rechte von Frauen, Transmenschen, Homosexuellen und religiösen Minderheiten sowie liberalen Muslim*innen gegen vermeintlich konservativ-illiberale Orientierungen bei Muslim*innen (Individuen und Verbände) abgrenzen und schützen will.

So tritt ein paradoxes Szenario in Kraft: Die Grünen schaffen es, nach Außen ein breites Spektrum an Werten durchaus glaubhaft repräsentieren zu können, sich als antirassistische, feministische, diverse Wertepartei in Szene zu setzen, die partikularistische Gruppeninteressen zu moderieren versteht, aber in der Frage der kulturellen Anerkennung von Islam und Muslim*innen in latente, zuweilen manifeste Muster antimuslimischer Stereotype verfällt.

Diese Stereotype sucht man bei der Linken vergebens. Darin unterscheidet sie sich von allen anderen Parteien im politischen System. Mehr noch: Sie äußert sich überhaupt nicht zum kulturellen Anerkennungsdiskurs. Sie konzentriert sich in ihrer Programmatik auf die Überwindung von Ungleichheitsverhältnissen, diskriminierenden Strukturen (auch gegenüber Muslim*innen) sowie daraus resultierenden lebensweltlichen Einschränkungen, ohne dies durch eine anerkennungstheoretische Dimension zu spezifizieren. Eine ideologiekritisch-materialistische Haltung prägt ihr Programm. Ihr Diskurs steht damit außerhalb hegemonialer Konstruktionen für bzw. wider eine kulturelle Zugehörigkeitserklärung. Ihre ideologische Selbstverortung als Interessenvertreterin marginalisierter Gruppen und die Wiederholung antirassistischer Positionen weisen sie allerdings als vehemente Verfechterin religiöser Rechte für Muslim*innen aus, die sich jedweder Angstsznarien und integrationspolitischer Forderungen enthält. In Fragen des Hijabs etwa nimmt sie die liberalste Position im politischen System ein und fordert eine Überarbeitung des Neutralitätsgesetzes.

Es bleibt die gewiss normative Frage, die hier lediglich aufgeworfen werden soll: Ist diese Positionierung hilfreich im Ringen der Muslim*innen um Anerkennung, zumal die anderen Parteien sich zu der Frage tendenziell eher verhalten bis ablehnend positionieren? Oder wäre in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher und politischer Polarisierung eine strategisch-affirmierende Haltung in der Frage nicht sinnvoller, um ein integratives Gegengewicht v.a. gegen rechtskonservative bis offen rechte Positionen in Stellung zu bringen? Schließlich lässt die Linkspartei in ihren

Programmen keinen Zweifel an der Gegnerschaft zu diesen Bewegungen und Parteien und den von ihnen vertretenen Positionen (Kap. 4.1.6.1).

Die Konzentration ihres islampolitischen Diskurses auf postkulturellen Antirasismus erscheint an dieser Stelle als unnötige Verengung ihres politischen Spielraums, die ihr wohl aus innerparteilichen Gründen (Säkularismus, Laizismus, philosophischer Materialismus) die Chance genommen hat, im Mitte-Links-Spektrum eine eindeutige und einzigartige Positionierung einzunehmen. Die beschriebenen Konflikte um Personen wie Oskar Lafontaine oder Sarah Wagenknecht und deren Flügel, antideutsche Strömungen, hart säkulare Strömungen u. a. sind auch in dieser Frage ein Hinweis auf kulturelle und politische Konflikte innerhalb der Partei, die eine eindeutige Positionierung vielleicht verhindern.

4.3 Der Islam im Bundestag

Nach Artikel 42 GG verhandelt der Bundestag öffentlich. Rede- und Gegenrede sind elementarer Bestandteil der Plenardebatten des Bundestags, der auch als hybride Form eines Rede- und Arbeitsparlaments bezeichnet wird (Marschall 2018: 140). Für unsere Analyse von Bedeutung ist nun der Umstand, dass die Plenardebatten in der Regel am Ende eines Meinungsbildungsprozesses stehen, der üblicherweise in Parteigremien, parlamentarischen Arbeitsgruppen sowie Fachausschüssen erfolgt. Das heißt: »Das, was im Plenarsaal der Öffentlichkeit präsentiert wird, sind die Ergebnisse einer in der Regel bereits abgeschlossenen Meinungsbildung. Die Debatte im Plenum dient der öffentlichen Begründung und Rechtfertigung von vorher gefällten Entscheidungen und nicht dazu, die Gegenseite zu überzeugen.« (Ebd.)

Die Diskursanalyse der Bundestagsdebatten soll die bisher gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich islampolitischer Tendenzen deutscher Bundestagsparteien im Zeitraum 2015–2021 erweitern. Während die Parteiprogramme die Leitlinien der Parteien in verschiedenen Politikfeldern widerspiegeln, stellen Reden der Abgeordneten im Parlament – dem Zentrum der deutschen Demokratie – »im Prozess der parlamentarischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung« die freie Meinungsäußerung der Parlamentarier*innen dar, die trotz sogenanntem Fraktionszwang von einer (in-)formellen Parteilinie abweichen kann (Marschall 2018: 138). Aktuelle Bezüge, feine Unterschiede von der Parteilinie, rhetorische Kniffe sowie natürliche Reaktionen auf die (Vor-)Reden anderer Parlamentarier*innen machen Bundestagsdebatten zu einem lebendigen Dokument diskursiver Aushandlung. Ziel der folgenden Analyse ist es, die jeweiligen Standpunkte der Redner*innen und Diskursfragmente zu analysieren und mit den Analysen der Parteiprogramme gegenzulesen, um auf diese Weise ein vollständigeres Bild der islampolitischen Einstellungen der jeweiligen Parteiorganisationen zu bekommen.